

Die Frage, ob bei der photochemischen Racematspaltung im Prinzip eine wesentliche Steigerung der Effekte zu erwarten ist, ist, namentlich auf Grund neuerer theoretischer Untersuchungen, zu bejahen.

Betreffend die Frage, ob eine photochemische Erzeugung optisch aktiver Stoffe als Voraussetzung für das Einsetzen biologischer Vorgänge stattgefunden haben mag, ist vielleicht eine endgültige Antwort überhaupt unmöglich, weil es sich hier um einen einmaligen, nach Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen nahezu unmöglichen Vorgang gehandelt haben dürfte. Immerhin kommt der photochemischen Alternative eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu, insbesondere wenn man die vorstehenden Betrachtungen, betreffend eine in besonders günstigen Fällen leicht erfolgende photochemische Racematspaltung, in Betracht zieht. —

Aussprache:

Rast, Leverkusen, fragt an, ob es denkbar ist, daß bei der photochemischen Zerstörungsreaktion selbst wieder ein asymmetrisches Reaktionsprodukt auftritt und ob bei einem solchen eine stärkere Verschiebung des Antipodenverhältnisses zu erwarten ist. — Vortr.: Die erste Frage ist zu bejahen, die zweite zu verneinen. — Schwarz, Wien: Die Frage nach der ersten Entstehung optisch-aktiver Substanzen dürfte kaum von der Frage nach Entstehung des Lebens zu trennen sein, erhalten doch auch die niedersten Lebewesen stets optisch-aktive Substanz. — Eggert, Leipzig.

Prof. W. Kuhn und H. Martin, Karlsruhe: „*Photochemische Trennung von Isolopen*“.

Die Tatsache der photochemischen Trennung und die quantitative Diskussion der erzielten Versuchsergebnisse erlaubt Schlüsse in der Richtung, die Individuen (Atome und Moleküle) im Laufe der sich abspielenden photochemischen Vorgänge zu verfolgen. Es zeigt sich, daß ein Teil der Molekülindividuen, die das Licht absorbieren, in der Folge tatsächlich zerfallen, daß dieses Zerfallen aber nur für einen Teil der Moleküle, die absorbieren, zutrifft und daß, wenigstens im Falle der Bestrahlung mit der Aluminiumlinie, ein Teil der Moleküle die absorbierte Energie ohne zu zerfallen abgibt. —

Aussprache:

Eggert, Leipzig.

Dr. E. Merkel, Wuppertal: „*Photochemie und optische Methoden in der neueren Vitaminforschung*“.

Die Vitaminforschung hat in den letzten Jahren ihrer Entwicklung häufig Photochemie und Optik mit ihren Methoden zur Mitarbeit herangezogen. Eine besondere Aufgabe fiel diesen Nachbarwissenschaften bei Erforschung des Vitamins D zu, als es gelang, durch Absorptionsspektrographie Ergosterin als sein Provitamin nachzuweisen und auf photochemischem Wege in das Vitamin überzuführen. Die durch Bestrahlung mit Ultraviolett entstehenden sechs Umwandlungsprodukte, darunter Vitamin D, sind mit Ergosterin isomer, besitzen aber voneinander stark abweichende Absorptionsspektren im Ultraviolett; ihre Ausbeute ist daher durch die spektrale Energieverteilung der Lichtquelle bedingt. Die chemisch begründete Konstitutionsformel des Ergosterins, die nur zwei konjugierte Doppelbindungen aufweist, und sein Absorptionsspektrum stehen nach den bisherigen Erfahrungen der Absorptionsspektrographie nicht miteinander in Einklang, wie ein Vergleich mit entsprechenden Spektren zeigt.

Vitamin A, das aus Carotinen durch den tierischen Körper gebildet wird, ist gleichfalls durch ein charakteristisches Absorptionsspektrum im Ultraviolett ausgezeichnet und läßt sich hierdurch seinem Gehalte nach bestimmen. Der übliche quantitative Nachweis von Vitamin A beruht auf einer Farbreaktion, die colorimetrisch ausgewertet wird. Auch Vitamin B₁ besitzt eine ausgesprochene Absorptionsbande im Ultraviolett, deren Höhe die Wirksamkeit des Vitamins charakterisiert. Vitamin B₂ gehört zu einer in der Natur weitverbreiteten Klasse von Farbstoffen, den Flavinen. Neben zwei hohen Absorptionsmaxima im Ultraviolett besitzt es zwei Maxima im Sichtbaren, die zur colorimetrischen Bestimmung

dienen und sehr photolabil sind. Es steht in Beziehungen zu dem zweiten Ferment der Atmung, das auch ähnliche Absorptionseigenschaften zeigt. Neue Arbeiten (v. Euler) benützen die starke Fluoreszenz der Flavine, um sie nachzuweisen und ihrem Gehalt nach zu bestimmen. So wurden Flavine z. B. auch im Auge festgestellt, wo sie vielleicht in der Netzhaut vermöge ihrer Fluoreszenz besondere Funktionen zu erfüllen haben. —

Aussprache:

Weidlich, Stuttgart: 1. Sind die Flavine auch im Hundeversuch (Heilung der schwarzen Zunge) geprüft worden? 2. Beruhen die Behauptungen der Unterschiede zwischen Lebertran-Vitamin D und photosynthetischem Vitamin D auf Wahrscheinlichkeit? — Vortr.: 1. Die Versuche wurden unternommen. 2. Die Identität ist noch nicht erwiesen; jedoch kann man Vitamin D spektrometrisch in Lebertran feststellen.

Dr. K. Kieser, Beuel: „*Ein Nachweis von Bromiden und Jodiden in thiosulfat- und sulfithaltigen photographischen Lösungen*“.

Der gewöhnliche Nachweis von Jodiden und Bromiden durch Fällung als gelbes Silberjodid bzw. blaßgelbes Silberbromid versagt bei der Anwesenheit von Thiosulfat durch die Löslichkeit beider in Thiosulfatlösung. In Entwicklern wird das Reagens, das Silbernitrat, sofort zu metallischem Silber reduziert.

Dagegen ist das hochgelbe Thallojodid nicht nur in Wasser, sondern auch in starken Thiosulfatlösungen sehr schwer löslich. Thallobromid hat sowohl in Wasser wie auch in Thiosulfat- bzw. Sulfidlösungen zwar eine erheblich größere Löslichkeit als das Jodid; aber die Schwerlöslichkeit des Bromids genügt immer noch zu einem sicheren Nachweis von etwa 100 mg Kaliumbromid in 100 cm³ einer 20%igen Natriumthiosulfatlösung. Weder Thallojodid noch Thallobromid wird von photographischen Entwicklern verändert, so daß man z. B. den normalen Bromsalzgehalt eines Entwicklers und die Zunahme des Bromsalzgehaltes durch den Entwicklungsvorgang leicht nachweisen kann. Man kann sogar durch Fällung als Thallobromid die den Entwicklungsvorgang hemmende Zunahme des Entwicklers an löslichen Bromiden rückgängig machen, wie man ja auch aus gebrauchten Fixierbädern das störende Jodid durch Fällung als Thallojodid entfernen kann. Kleine Mengen Jodid neben größeren Mengen Bromid kann man durch fraktionierte Fällung nachweisen. —

XI. Fachgruppe für Unterrichtsfragen und Wirtschaftschemie.

Vorsitzender: Prof. Dr. Hückel, Greifswald; Schriftführer: Dr. Kretschmar, Berlin.

Sitzung am 24. Mai 1934 (etwa 70 Teilnehmer).

Geschäftliche Sitzung:

Prof. Hückel, Greifswald, gibt bekannt, daß schon im vergangenen Jahr die Unterrichtsfragen in einer von ihm geleiteten Kommission erörtert worden sind. Er verliest das Protokoll des Sitzungsergebnisses vom 17. Februar 1934. Es findet die Zustimmung der Versammlung. Schließlich verliest er noch ein Telegramm an den neuen Reichskultusminister, das dem Hauptvorstand zur Absendung empfohlen wird. (Das Telegramm ist inzwischen abgesandt worden.) Wortlaut: „Reichskultusminister Dr. Rust, Berlin. In schwerer Sorge um die Erhaltung der überragenden Stellung der deutschen Chemie bittet der Verein deutscher Chemiker anläßlich seiner Jahresversammlung in Köln die Unterrichtsverwaltungen dringend, in allen Fragen des chemischen Hochschulunterrichts für Chemiker, Ingenieure, Studienräte, Pharmazeuten, Mediziner, Landwirte, Forstleute und alle Naturwissenschaftler gehört zu werden. Heil Hitler! Verein deutscher Chemiker E. V. Der Vorstand.“

Anschließend daran führt Dr. Kretschmar aus, daß in Zukunft unter Leitung von Prof. Hückel die Unterrichtsfragen lediglich in Kommissionssitzungen behandelt werden sollen, weil es so besser gelinge, alle daran Interessierten zu erfassen und die Unterrichtsverwaltungen jeweils über dringende Dinge ins Bild zu setzen. Es werde nunmehr möglich, der Wirtschaftschemie und allgemeinen chemischen Technologie

²⁾ Ztschr. physikal. Chem. (B) 21, 93 [1933].

in der Fachgruppe eine einheitliche Arbeit zu sichern, deren Leitung Herrn Dr. Koetschau anvertraut werden könne, der bisher am klarsten die Gebiete chemische Technologie und Wirtschaftskemie behandelt habe. Die Bezeichnung der Fachgruppe lautet künftig zweckmäßig: „Fachgruppe für Wirtschafts-Chemie und allgemeine chemische Technologie.“

Wissenschaftliche Sitzung:

I. Unterrichtsfragen.

Prof. Dr. C. Kippenberger, Bonn: „Die technische Chemie an den Universitäten des Reichs.“

Vortr. fordert die Eingliederung der technischen Chemie in das Lehrgebiet der Universitäten, dementsprechend die Errichtung von Lehrstühlen für technische Chemie, die durch technisch bewährte Dozenten zu besetzen sind. Er gibt ferner Anregungen zur wesentlich verbesserten Ausbildung der Lehrkräfte überhaupt und solcher in der technischen Chemie im besonderen. —

Dr. Kretschmar forderte die unmittelbar beteiligten Fachgenossen auf, insbesondere zu den Ausführungen von Prof. Kippenberger, Bonn, in einer internen Diskussion am Schluß der wissenschaftlichen Sitzung Stellung zu nehmen, damit über den jetzt zu beschreitenden Weg völlig Klarheit erzielt werde. — Die weitere Stellungnahme über den Ausbau der technologischen Chemie als Lehrfach wird vom Fachgruppen-Vorsitzenden gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Unterrichtsausschusses, Herrn Prof. Hüchel, in Kürze unter Berücksichtigung der Kölner Aussprache erfolgen.

II. Wirtschafts-Chemie und allgemeine chemische Technologie.

Dr. A. Sulfrian, Aachen: „Die Aktivierung der deutschen Handelsbilanz durch Verbreiterung der deutschen Rohstoffgrundlage.“

Die Erschöpfung von Roh- und Hilfsstoffen, die Aufarbeitung, Wiedergewinnung und Veredlung von Anfallstoffen ist in der chemischen Industrie ganz allgemein eine Selbstverständlichkeit — freilich nur insoweit, als die privatwirtschaftlichen Interessen ihre Befriedigung finden. Vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Materialökonomie gehen trotzdem noch erhebliche Materialwerte verloren, namentlich auch Umsetzungsprodukte chemischer Hilfsstoffe in anderen Industriezweigen, welche eine Erhaltung und Auswertung dringend rechtfertigen. Dadurch werden bislang erhebliche Werte unserem Volkvermögen entzogen, die im Hinblick auf die an sich schon eng begrenzte Rohstoffdecke Deutschlands — gemessen an den Bedürfnissen der Industrie und Wirtschaft —, vor allen Dingen aber im Hinblick auf die Notzeit unseres Volkes erhalten bleiben bzw. einer weitest möglichen Auswertung und Erschöpfung zugeführt werden müßten.

Durch die einheitliche Staatsführung ist die Möglichkeit gegeben, die Selbstverständlichkeit der Materialökonomie des Privatunternehmens auf die Totalität des Staates zu übertragen. Erst die autoritäre Wirtschaftsführung gestattet, was unter dem liberalistischen Wirtschaftsbetrieb völlig unmöglich war: die planmäßige Erfassung und volkswirtschaftliche Auswertung der industriellen Materialerschöpfung.

Darüber hinaus schälen sich Aufgaben heraus, welche durch den statistisch nachgewiesenen Umfang ihres Wertes für die Volkswirtschaft eine intensive wissenschaftliche und technische Bearbeitung erfordern. Damit weist die planmäßige Erschöpfung industrieller Roh- und Hilfsstoffe die Notwendigkeit der Einbeziehung der chemischen Forschung und Wissenschaft in den Dienst der Volksgemeinschaft aus! Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind in erster Linie die chemisch-technischen Institute der Hochschulen berufen. In ihnen konzentriert sich wirtschaftlich-chemische und chemisch-technische Lehre und Forschung, in ihnen müssen sich Wirtschaftskemie und technologische Chemie in inniger Harmonie zusammenfinden und ihre Aufgaben am Dienste des Volkes gemeinsam erfüllen. —

Aussprache:

Koetschau, Hamburg, begrüßt die Ausführungen von Herrn Sulfrian und möchte darauf hinweisen, daß sich das Arbeitsgebiet der umgegründeten Fachgruppe gerade auf die

von Herrn Sulfrian behandelten Probleme erstrecken wird. Als künftiger Vorsitzender der Fachgruppe legt er besonderen Wert darauf, daß die verschiedenen Spezialgebiete in dem von Sulfrian dargelegten Sinne neubearbeitet werden. Als Beispiel wird die Verbindung mit den Arbeiten der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung genannt, soweit es sich um die Probleme der Mineralöle handelt. Er hofft, daß ähnliche Beziehungen auch zu anderen Teilgebieten geschaffen werden.

Dr. H. Tiedemann, Berlin: „Die Bedeutung von Reserveeinheiten und Pufferkapazitäten für die wirtschaftliche Durchführung kontinuierlicher chemischer Arbeitsprozesse.“

Die Entwicklung der Verfahren der chemischen Großindustrie hat von der intermittierenden Arbeitsweise immer mehr zu kontinuierlichen Prozessen geführt. Ein Nachteil, der häufig zunächst für die Einführung hinderlich war, ergab sich aus den Störungen, die oft den ganzen Betrieb zum Erliegen brachten. Diese Erfahrungen führten zur Ausbildung von Pufferkapazitäten und Reserveeinheiten. — Bei intermittierend arbeitenden Anlagen genügt im allgemeinen für die Dimensionierung der Apparate eine Sicherheit von 20 bis 50%. Eine Dreiteilung hat sich sowohl bei der Durchführung intermittierender wie kontinuierlicher Prozesse bewährt, wenn sie auch nicht als maßgebend angesehen werden kann. Es ist jedoch keineswegs erforderlich, für jede kontinuierlich arbeitende Apparatur eine Reserveeinheit zur Verfügung zu haben, besonders wenn man genügend betriebssichere Apparaturen hat. — Pufferkapazitäten sind besonders dann von Bedeutung, wenn zeitweise Außerbetriebnahmen einzelner Apparate nicht zu vermeiden sind, oder sie dienen auch als Ausgleich bei Anlagen, in denen mehrere Unterbetriebe hintereinandergeschaltet sind. — Unbedingt notwendig ist die Einschaltung von Pufferkapazitäten ferner an den Stellen, an denen ein intermittierender auf einen kontinuierlichen Betrieb übergeht, und weiterhin bei den sogenannten Kreisprozessen. — An Hand von Beispielen wird die Bedeutung der Reserveeinheiten und Pufferkapazitäten für einzelne Apparate und ganze Prozesse erläutert. — In wirtschaftlicher Hinsicht kann die Aufstellung von Reserveeinheiten und Pufferkapazitäten ausschlaggebend für die Rentabilität eines Verfahrens sein. Andererseits kann die kontinuierliche Durchführung eines Prozesses durch ein Zuviel in dieser Hinsicht unwirtschaftlich werden. Die richtige Bemessung beider Größen ist nur auf Grund genauer Kenntnis sowohl der Apparate wie auch des Prozesses an sich möglich. —

Dr. Fr. Frowein, Ludwigshafen: „Das Eisen in der deutschen Nationalwirtschaft.“

Jahrhunderte hindurch beschränkte sich der Eisenverbrauch fast ausschließlich auf die Herstellung von Konsumgütern, von Werkzeugen aller Art. Erst im Anfang des vorigen Jahrhunderts beginnt mit der Herstellung von Kapitalgütern aus Eisen, wie Eisenbahnen, Brücken, Bahnhöfe, Schiffe, Rohsysteme usw., ein eigentliches Eisenzeitalter. Während sich die deutsche Produktion durch den technischen Fortschritt, durch die Einführung des Thomas-Prozesses, der die Verwendung heimischer Rohstoffe ermöglichte, entwickeln konnte, wurde der deutsche Absatz durch staatliche Maßnahmen, durch die Zolltarifreform (1879), zur Entfaltung gebracht. Die rasch zunehmende Bedeutung des Eisens für die gesamte Wirtschaft machte die Eisen- und Stahlproduktion nach Cassel und Spielhoff zum Maßstab der Konjunktur. Vom Standpunkte der deutschen Nationalwirtschaft interessieren uns die Fragen der Rohstoffversorgung, der Möglichkeit einer Erschöpfung aller Eisenerzvorräte und die Frage nach der Gültigkeit der auf die Eiseninvestitionen der Wirtschaft aufgebauten Konjunkturtheorie.

Der Versailler Vertrag schaffte für die deutsche Eisenindustrie nicht nur eine beispiellose Beraubung der Rohstoffvorräte (79%), sondern darüber hinaus eine Zerschlagung der Arbeitsteilung zwischen Ruhrgebiet und Lothringen. Die schmale Rohstoffbasis stellt eine dauernde Bedrohung unserer Wirtschaft dar, die durch die wehrpolitische Bedeutung des Eisens noch verschärft wird. Die Erzversorgung unserer Groß-eisenindustrie ist heute tonnenmäßig zu 75%, nach Eisengehalt sogar über 80% ausländischen Ursprungs. Die Frage der Erz-

beschaffung vom Standpunkte der Möglichkeit einer stärkeren Heranziehung heimischer Erzvorräte ist nicht ganz einfach zu beantworten. Technische Voraussetzungen des Hüttenprozesses, Schonung der Vorräte, Außenhandelspolitik, Arbeitsbeschaffung und Unterhaltskosten bestehender oder stillgelegter Anlagen für Erzabbau spielen hier eine Rolle. Jedenfalls aber sollte die ständig zunehmende Verwendung von Schrott noch mehr gefördert werden durch erhöhte Sammeltätigkeit und zweckentsprechende Frachtpolitik der Eisenbahn.

Die Produktionszahlen 1929—1934 zeigen im übrigen, daß das Eisen noch in keiner Weise an Bedeutung für die Wirtschaft verloren hat, trotz vielen Ersatzbestrebungen an einzelnen Punkten der Wirtschaft (Motorisierung des Verkehrs). Auch nach dem Krisentiefpunkt der Wirtschaft blieb in allen Ländern die Parallelität zwischen Beschäftigungsgrad der Gesamtwirtschaft und Eisenproduktion bestehen. Eine Inventur der Erzvorräte gibt noch keine Veranlassung zu einer planmäßigen Einschränkung des Eisenverbrauchs, wohl aber wird man annehmen dürfen, daß nach etlichen Jahrzehnten sich der bisherige Zuwachs im Eisenverbrauch wird verlangsamen müssen. —

Aussprache:

Sulfrian, Aachen.

Dr. H. Barkholt, Paris: „*Erhöhte Wirtschaftlichkeit durch Einführung mechanischer Öfen in die chemische Industrie.*“

Seit langen Jahren besteht das Bestreben, die Handöfen durch mechanische Einheiten zu ersetzen. Dies gelang zunächst für die Herstellung von Sulfat und Salzsäure. Schwierigkeiten waren zu überwinden in der Chromatindustrie, weil das bisher bekannte Verfahren geändert werden mußte. Heute verwendet man Drehöfen bis zu 40 m Länge für Leistungen von 10 t Bichromat/Tag und erzielt erhebliche Ersparnisse gegenüber dem früheren Handofenbetrieb. Ein Mann genügt für die Bedienung. Drehöfen für Bichromat werden heute in Deutschland, England, Frankreich und Rußland angewandt.

Erst in neuerer Zeit wird auch die Schwefelnatrium-Rohschmelze mechanisch hergestellt. Nach mehrjährigen Anstrengungen wurde eine geeignete Ofenform sowie ein Auskleidungsmaterial gefunden, das beständig ist gegen Hitze und Temperaturwechsel und zugleich gegen geschmolzenes Sulfat, Schwefelnatrium und die Zwischenverbindungen während der Umsetzung. Auch hier werden große Ersparnisse erreicht durch Verminderung des Verbrauchs an Misch- und Heizkohle sowie Bedienungskosten. —

Dr. P. Schüler, Wiesbaden: „*Die deutsche Gerbstoffwirtschaft.*“

Vortr. erläutert den Begriff des Wortes Gerbstoff und gibt einen Überblick über die verschiedenen Arten. Abgesehen von den chinesischen Zackengallen ist der Quebracho-Gerbstoff der reinste; er hat wesentlich zur Entwicklung der Schnelligerberei beigetragen und die Gerbverfahren mit heimischen Gerbstoffen erschwert oder ganz unmöglich gemacht, da der Auslandsgerbstoff zum halben Preis des heimischen zu kaufen war. Es muß deshalb entweder die wirtschaftliche Synthese des Quebracho-Gerbstoffes in Angriff genommen werden oder aber es sind Extraktionsverfahren auszuarbeiten zur Gewinnung so reiner natürlicher einheimischer Gerbstoffe, daß sie mit dem ausländischen Gerbstoff in Wettbewerb treten können. —

Aussprache:

Kötz, Göttingen, erläutert, daß es Sache des Reiches ist, die Wirtschaft des heimischen Gerbstoffes durch entsprechende Maßnahmen zu fördern, fragt, welche Wirtschaftsverbände die Sache angeht. — Vortr. antwortet, daß als Erzeuger der Reichsnährstand an Stelle der aufgelösten Waldwirtschaftsverbände, als Veredler der frühere Extraktfabrikantenverband, der jetzt in der Reichsfachschaft Chemie aufgegangen ist, und als Verbraucher in der Hauptsache die Lederindustrie in Frage kommen, welche letztere noch im Zentral-Verein der Lederindustrie wirtschaftlich zusammengefaßt ist. — Rasso, Leipzig, weist darauf hin, daß Eichenholz nicht erwähnt worden sei, wohl weil sein Gerbstoffgehalt zu niedrig, daß eine Gewinnung von Gerbstoff daraus, als Nebenprodukt des Scholler-Tornesch-Verfahrens zwecks Holzverzuckerung, wirtschaftlich

sein kann. — Vortr. erwidert, daß Eichenholz mit zunehmendem Alter höheren Gehalt an Gerbstoff hat, der 10 und mehr Prozent betragen kann. Scholler-Tornesch will auf 4 l Alkohol 1 Kilo Gerbstoff gewinnen. Bei dem beschränkten Spirituskontingent ist demnach der Gerbstoffgewinnung nur eine beschränkte Rolle nach Scholler-Tornesch zugeteilt. — Hoppmann, Leuna, fragt, ob die Extraktion der heimischen Gerbstoffe mit flüssigem Ammoniak versucht, was nach Ansicht des Vortr. wahrscheinlich, um so mehr, als Versuche gemacht würden, die sich auf sämtliche modernen technisch- und wirtschaftlich angängigen Extraktionsmittel erstrecken, wie aus der Literatur ersichtlich.

XII. Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz.

Stellvertretender Vorsitzender: Patentanwalt Dr. Ullrich, Berlin.

Sitzung am 24. Mai 1934 (36 Teilnehmer).

Wissenschaftliche Sitzung:

Patentanwalt Dr. W. R. Roederer, Berlin: „*Die Grenzen der Patentfähigkeit chemischer Erfindungen im deutschen Recht.*“

Während das Gesetz Nahrungs-, Genuß- und Arzneimittel vom Patentschutz ausschließt, sind neue und erfinderische Verfahren zur Herstellung dieser Erzeugnisse patentfähig. Die Patentfähigkeit kann auch mit den Eigenschaften des verfahrensgemäß erhaltenen Erzeugnisses begründet werden. Die Rechtsprechung erkennt aber diese Eigenschaften bei reinen Mischverfahren als patentbegründend grundsätzlich nicht an, wenn diese lediglich in der Wirkung auf die menschlichen Sinnesorgane oder auf den menschlichen Körper liegen (physiologischer und therapeutischer Effekt). Allerdings erfahren derartige Erfindungen, deren Erzeugnisse auf den Gesichtssinn und Geruchssinn einwirken, wieder eine Sonderbehandlung, indem sie anerkannt werden. Die physiologische und therapeutische Wirkung wird aber ebenso wie die Einwirkung auf den Geschmackssinn regelmäßig nicht anerkannt, bei der Einwirkung auf den Geschmackssinn sind aber Ausnahmen von dieser Regel keine Seltenheit. Grundsätzlich wird aber wieder nach der Übung des Reichspatentamts die Patentfähigkeit von Analogieverfahren anerkannt, sofern ein nicht vorhersehbarer physiologischer oder therapeutischer Effekt mit dem Erzeugnis verbunden ist.

Die Übung des Reichspatentamts ist also auf diesem Gebiet nicht einheitlich und teilweise auch widerspruchsvoll. Eine Änderung der Rechtsprechung im Sinne der grundsätzlichen Anerkennung der Wirkung des Erzeugnisses für die Begründung der Patentfähigkeit wäre daher erstrebenswert.

Durch die Häufung der Gesetze auf dem Gebiet der Nahrungs- und Arzneimittel erweisen sich neuerdings eine große Anzahl chemischer Erfindungen auf diesem Gebiet als nicht patentfähig, da sie gesetzwidrig sind. Ein Teil dieser Gesetze trägt den Charakter von Notgesetzen, deren Dauer offenbar begrenzt ist. Vortr. erhebt die Forderung, man möge die Ausnahmebestimmung der Gesetzwidrigkeit im § 1 PG. in Wegfall bringen, da ja die Patentierung nur ein Verbotungsrecht gibt, nicht aber gleichzusetzen ist mit dem positiven Benutzungsrecht. Sollte man sich jedoch nicht dazu verstehen können, so könnte nur ein gesetzlich verankertes Wiederaufnahmeverfahren Abhilfe schaffen, um den Erfinder vor unabsehbarem Schaden zu bewahren. —

Aussprache:

Quade, Berlin, schließt sich der Forderung des Vortr., den § 1 PG. durch Streichung der sogenannten gesetzeswidrigen Ausnahmen zu ändern, an. — Wiegand, Berlin, unterstützt gleichfalls diese Forderung und weist darauf hin, daß heute sehr oft Gesetze nur mit Hinblick auf wirtschaftliche Notwendigkeiten und somit vorübergehend erlassen werden. — Ullrich, Berlin, teilt mit, daß dieser Punkt bei den Beratungen der Akademie für Deutsches Recht nicht berücksichtigt wurde, und spricht sich im übrigen gleichfalls für die Forderung aus. — Hübner, Höchst, begründet die Forderung weiter mit dem Umstand, daß auch der Export von in Deutschland zum Gebrauch nicht zugelassenen Artikeln in Frage kommt.